

Der Internetkonzern Meta hat angekündigt, in der EU keine politische Werbung mehr zuzulassen. Offiziell beruft sich das Unternehmen auf neue europäische Transparenzvorgaben. Diese sollen sicherstellen, dass politische Anzeigen nachvollziehbar, überprüfbar und fair geschaltet werden.

Die Maßnahme klingt nach einem Sieg für Demokratie und Datenschutz. Doch der Rückzug von Meta zeigt auch ein anderes Risiko: Wenn wichtige Plattformen aus Angst vor Regulierung ganze Kommunikationskanäle schließen, werden demokratische Prozesse ärmer, nicht reicher. Denn über soziale Netzwerke konnten politische Parteien bislang auch jene Menschen erreichen, die sich sonst kaum für Politik interessieren oder klassische Medien meiden. Gerade kleinere Parteien profitierten davon.

Wenn dieser Kanal nun versiegt, wird es schwerer, politisch Desinteressierte zu erreichen. Hierdurch wächst die Spaltung zwischen politisch Engagierten und jenen, die außen vor bleiben. Das Risiko, das vermieden werden sollte, Manipulation, bleibt hypothetisch. Das Risiko, das nun real wird, trifft uns konkret – ein Verlust an demokratischer Vermittlung.

Meta ist kein Einzelfall. Er steht für ein breiteres Muster in der europäischen Digitalpolitik: Wir betrachten Risiken zu oft eindimensional. In öffentlichen Debatten und Regulierungsprozessen werden bestimmte Gefahren überbetont – andere, ebenso relevante, aber weniger offensichtliche, geraten aus dem Blick. Es geht also nicht darum, Risiken zu leugnen. Sondern darum, sie zum entscheidenden Zeitpunkt vollständig zu sehen – mitsamt den Nebenwirkungen unserer Versuche, Abhilfe zu schaffen. Denn manchmal entsteht das größere Risiko nicht durch Technik, sondern durch den Versuch, sie zu zähmen.

Ja, Digitalisierung birgt Risiken – Regulierung aber auch

Von Andreas Jungherr und Thomas Hess

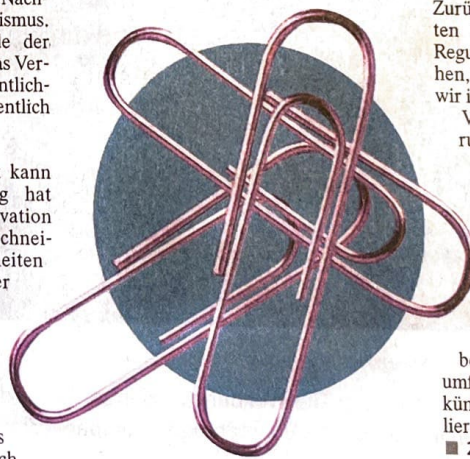
■ Beispiel 1: Datenschutz – Schutzgut oder Wachstumsbremse? Datenschutz gilt zu Recht als europäische Errungenschaft. Doch die Praxis zeigt, dass seine Auslegung oft zu pauschal erfolgt. Die Grundidee der „Datensparsamkeit“ – also so wenige personenbezogene Daten wie möglich zu verarbeiten – ist in sensiblen Bereichen wie Gesundheit oder Biometrie unverzichtbar. Aber im Falle harmloser Präferenzdaten, etwa zur Nutzung von Musikdiensten, führt sie zu übertriebener Vorsicht. Unternehmen, die Daten für innovative Angebote oder datenbasierte Geschäftsmodelle nutzen wollen, stoßen hier auf Hürden. Und dies oft nicht, weil die DSGVO es ausdrücklich verbietet, sondern weil Unsicherheit herrscht, nach dem Motto: Lieber gar keine Datenverarbeitung, als später Ärger mit Aufsichtsbehörden. Viele digitale Produkte entstehen so erst gar nicht. Das schützt Persönlichkeitsrechte. Aber es kostet Wohlstand, Innovationskraft und im Ergebnis auch gesellschaftliche Teilhabe.

■ Beispiel 2: Desinformation – unterschätzte Nebenwirkungen des Alarms: Auch in der Debatte über Desinformation zeigt sich diese Schieflage. Kaum ein Thema wurde so intensiv diskutiert wie die vermeintlich allmächtige Wirkung falscher Nachrichten im Netz. Ohne

Zweifel gibt es koordinierte Kampagnen, und Falschinformationen können Schäden anrichten. Aber die Forschung zeigt: Ihr Einfluss auf das Wahlverhalten und die politische Meinungsbildung ist meist begrenzt und stark kontextabhängig. Gleichzeitig gibt es Nebenwirkungen, über die kaum gesprochen wird. Alarmistische Warnungen vor Desinformation können das Vertrauen in Medien und Politik insgesamt schwächen. Menschen werden misstrauischer gegenüber Nachrichten, Behörden und Journalismus. Paradoxerweise kann also gerade der Kampf gegen Falschinformation das Vertrauen in die demokratische Öffentlichkeit untergraben, dass er eigentlich schützen soll.

■ Beispiel 3: Regulierung selbst kann riskant sein. Jede Regulierung hat Nebenwirkungen. Sie kann Innovation ausbremsen, Freiheitsrechte beschneiden oder bestehende Ungleichheiten verstärken. Das ist kein Plädoyer gegen Regulierung, wohl aber für mehr Nüchternheit in ihrer Gestaltung. Risiken entstehen nicht nur durch neue Technik, sondern auch durch ihre Nichtnutzung oder Überregulierung. Wenn Europa Technik aus Angst zu spät oder zu zögerlich

nutzt, verpasst es Lernprozesse, Innovationszyklen und Wertschöpfung. Das gilt für die Datenwirtschaft ebenso wie für die Künstliche Intelligenz. Gesellschaften, die technische Entwicklungen dauerhaft bremsen, werden irgendwann nicht mehr in der Lage sein, die Regeln mitzugestalten, nach denen andere handeln.



Die Beispiele zeigen: Die Debatte über digitale Risiken ist selektiv, selbst wenn im Vorfeld vielleicht einmal breiter diskutiert wurde. Wir sprechen viel über hypothetische Gefahren, aber wenig über die realen Kosten unserer angemahnten Vorsicht. Ein nachhaltiger Umgang mit digitalem Wandel erfordert, Risiken nicht isoliert, sondern im Zusammenhang zu betrachten, also: Welche Chancen vergeben wir durch übermäßige Vorsicht und Zurückhaltung? Welche unbeabsichtigten Nebenwirkungen entstehen durch Regulierung? Und welche Gefahren drohen, wenn wir Innovation bremsen, bevor wir ihre Wirkung wirklich verstehen?

Vier Ansätze könnten helfen, Regulierung und öffentliche Debatten ausgeglichener zu gestalten:

■ 1. Risikomapping statt Einzelfallfokus: Jede politische Maßnahme sollte nicht nur spezifische, unmittelbar mit ihrer Umsetzung verbundene Risiken berücksichtigen, sondern auch potentielle Folgerisiken oder unbeabsichtigte Nebenwirkungen. Solche umfassenden Risikoportfolios könnten künftig Bestandteil verbindlicher Regulierungsfolgenabschätzungen werden.

■ 2. Ein Gefahrenkatalog ist nicht genug: Eine bloße Liste möglicher Gefah-

ren führt schnell zu Überreaktionen. Entscheidend ist, Risiken nach Wahrscheinlichkeit und Schwere zu bewerten. Nicht jede hypothetische Gefahr verdient eine sofortige Regulierung.

■ 3. Regulierungsfolgenkosten ernst nehmen: Jede Regulierung kostet – sei es Innovation, Marktzugang, Bürokratie oder demokratische Offenheit. Diese Kosten gehören in jede Bewertung. Deshalb sollten auch für Digitalregeln standardisierte Kosten-Nutzen-Analysen eingeführt werden.

■ 4. Regelmäßige Prämissenprüfung: Viele Eingriffe beruhen auf Annahmen, die sich später als falsch herausstellen. Deshalb sollten die zentralen Prämissen, etwa zur Wirksamkeit von Plattformregeln oder Datenschutzmechanismen, regelmäßig überprüft werden. Was sich als unbegründet erweist, muss angepasst werden.

Fazit: Digitalisierung bringt Risiken – das bestreitet niemand. Aber sie bringt auch enorme Chancen für Information, Teilhabe und Wohlstand. Eine aufgeklärte Gesellschaft braucht Mut zur Balance: Schutz, wo nötig, Offenheit, wo möglich, und Lernfähigkeit, wenn sich Annahmen ändern. Vielleicht ist das die wichtigste Lehre aus dem Meta-Fall: Nicht jede Vorsicht ist vernünftig, und nicht jede Regulierung schützt. Wer Risiken wirklich ernst nimmt, muss alle sehen – auch die, die aus Angst entstehen.

Prof. Dr. **Andreas Jungherr** und Prof. Dr. **Thomas Hess** sind Mitglieder des Direktoriums des Bayerischen Forschungsinstituts für Digitale Transformation (BIDT) in München. Andreas Jungherr leitet den Lehrstuhl für Politikwissenschaft insbesondere Digitale Transformation an der Universität Bamberg. Thomas Hess leitet den Lehrstuhl für Wirtschaftsinformatik und BWL an der LMU München.